



Bedrohte Demokratieprojekte
wappnen und resilient machen

**„Auf der einen Seite ist es
die totale Ohnmacht, auf der anderen Seite
aber auch ein Antrieb.“**

Bedrohung der zivilgesellschaftlichen Demokratiearbeit

Kurzbericht aus dem Projekt

BEWARE: Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient
machen

Autor:innen: Tina Leber, Fabian Mertens, Beate Küpper
3. September 2024



Risikohaftes Engagement

Wer sich für die Stärkung der Demokratie und gegen Rechtsextremismus einsetzt, macht dies in einem hoch umkämpften Feld. Personen aus der demokratischen Zivilgesellschaft, die sich beruflich oder aktivistisch engagieren, stehen unmittelbar und oftmals wenig geschützt an der Front. Sie gehen mit ihrem Engagement, mal bewusst, mal weniger bewusst, ein besonderes persönliches Risiko ein. Sie sind oft die Ersten, die angezweifelt, unter Druck gesetzt, eingeschüchtert und bedroht werden. Die Bedrohung zivilgesellschaftlicher Demokratiearbeit durch Rechtsaußen ist – wie der Terror – immer auch eine (politische) Signaltat: „Seht, was wir können, welche Macht wir haben, das Eintreten für Demokratie ist gefährlich, Demokratie bedeutet Unsicherheit“. Das fordert auf, Bedrohung als das ernst zu nehmen, was sie ist, nämlich eine Gefahr für die Demokratie.

Unmittelbar Bedrohte können sich keineswegs immer auf Unterstützung und Solidarität verlassen. Angst und Rückzug können die Folge sein, umgekehrt auch die Intensivierung des Engagements. Zugleich verfügen Engagierte über weitreichendes Wissen im Umgang mit Bedrohungen, haben Netzwerke und können ihre Expertise nutzen. Sie sind damit nicht nur Betroffene, sondern auch aktiv Gestaltende der vielfältigen Herausforderungen, die Bedrohungslagen durch Rechtsaußen mit sich bringen.

Wie erleben Personen, die sich zivilgesellschaftlich für Demokratie engagieren Bedrohungen? Was sind ihre Erfahrungen und Einschätzungen der Lage? Wie gehen sie mit Bedrohungen um? Welche Herausforderungen und Bedarfe sehen sie? Diese Fragen nimmt das Projekt *„BEWARE: Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen“*¹ in den Blick. Das Projekt wird durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung in der Förderlinie *„Aktuelle und historische Dynamiken von Rechtsextremismus und Rassismus“*² gefördert (Laufzeit 2023-2024) und durch das Institut *„SO.CON – Social Concepts für Forschung und Entwicklung in der Sozialen Arbeit“* der Hochschule Niederrhein umgesetzt.

Im Fokus des Projekts BEWARE steht die zivilgesellschaftliche Demokratiearbeit, die sich explizit ‚gegen Rechts‘ engagiert. Dazu gehören sowohl staatlich geförderte Einrichtungen und Projekte mit dem zielgerichteten (Selbst-)Auftrag zur Demokratieförderung als auch ehrenamtlich arbeitende Bündnisse, Initiativen und aktivistische Gruppen. In Expert:innen-Runden sowie in qualitativen und quantitative Befragungen haben Engagierte über ihr Bedrohungserleben und ihren Umgang damit berichtet. Der vorliegende Kurzbericht gibt einen Überblick über die zentralen Ergebnisse. Im Herbst 2024 wird ein Praxistool zur Strategieentwicklung für Engagierte ebenfalls über die Homepage des *„Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung“* (Wi-REX)³ veröffentlicht.

Die Analyse macht deutlich: Wenn zivilgesellschaftliche Demokratiearbeit ‚gegen Rechts‘ gesellschaftlich gewollt ist, muss sie in ihrer Vielfalt und ihrer Historie anerkannt und verlässlich unterstützt werden. Auch oder besonders dort, wo sie unbequem ist.

Für die Bereitstellung des umfangreichen Wissens, auf dem unsere Analyse basiert und das uns entgegengebrachten Vertrauen, möchten wir allen Teilnehmer:innen der Studie unseren Dank aussprechen.

¹ Förderkennzeichen 01UG2223; <https://wi-rex.de/rechtsextremismusforschung/#projekte>

² https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/bekanntmachungen/de/2021/06/3675_bekanntmachung.html

³ <https://wi-rex.de/>

Zentrale Ergebnisse im Überblick

- Bedrohung äußert sich in vier Dimensionen: Gewaltbezogene Angriffe, politische Interventionen, gesellschaftspolitisches Bedrohungsszenario und in der Erwartung von Bedrohung.
- 79 % der Befragten haben bereits (ggf. strafrechtlich relevante Formen von) Bedrohung erlebt, davon 57 % im letzten Jahr. 8 % der Befragten wurden mit dem Tod bedroht.
- Wie stark Bedrohungen verfangen, hängt auch vom Umfeld ab – in Räumen, in denen demokratische Zivilgesellschaft und Politik den Akteur:innen der extremen Rechten wenig entgegensetzen, fühlen sich Menschen stärker bedroht.
- Besonders gefährdet sind die Akteure, die als „links(extrem)“ oder „Störenfriede“ markiert werden. Diese Markierungen kann beliebig sein und dient der Delegitimierung.
- Für Personen aus vulnerablen sozialen Gruppen, z. B. von Rassismus oder (Hetero-) Sexismus Betroffene sind Bedrohungen eine besondere Herausforderung. Gleiches gilt für Jugendliche und junge Erwachsene sowie engagierte Einzelpersonen. Vor allem Frauen berichten von Selbstzweifeln und stressbezogenen Belastungen.
- Ost- und Westdeutsche berichten insgesamt gleich häufig über Bedrohung. Engagierte in Ostdeutschland sehen sich jedoch besonders häufig körperlicher Gewalt, Sachbeschädigung und Raumnahmen (z. B. durch offensives Zeigen rechtsextremer Präsenz oder Störung von Veranstaltungen) ausgesetzt. Sie sind außerdem häufiger von als bedrohlich wahrgenommenen parlamentarischen Anfragen betroffen. Sie befürchten zudem eher, mit dem Zugewinn der AfD ihre Arbeit einschränken oder gar einstellen zu müssen. Mehr als 14% von ihnen denken oft darüber nach, ihre Tätigkeit zu wechseln, 7% überlegen, ihre Demokratiearbeit zu beenden.
- Engagierte verfügen über Wissen und Erfahrungen im Umgang mit Bedrohung. Die gilt vor allem für gewaltbezogene Angriffe, weniger für politische Interventionen.
- Betroffene passen sich an die Bedrohung an, indem sie z. B. potentiell gefährliche Situationen oder Plätze meiden, mit gravierenden Einschnitten für ihre persönliche Lebensgestaltung.
- Ein Großteil (71 %) der Befragten nimmt die Bedrohungen aber auch als Ermutigung für ihr Engagement, 42 % intensivieren sogar ihre politische Arbeit.
- Netzwerke sind wichtig. Betroffene können sich vor allem auf Unterstützung durch ihre beruflichen und privaten Netzwerke verlassen. Im direkten Umfeld und im persönlichen Kontakt mit Mitengagierten, Kolleg:innen und Arbeitgebern erleben Engagierte überwiegend hilfreichen Beistand. Weniger können sie auf die Solidarität der Bevölkerung und Kommunen zählen. Die Bedrohungserwartung wird durch den erlebten Mangel an Unterstützung verstärkt.
- Austausch über und die Entwicklung von Strategien für den Umgang mit Bedrohung brauchen ausreichend Ressourcen.

- ⇒ Eine lokale Verankerung von Demokratiearbeit in Kooperation mit Regelstrukturen wie der kulturellen und Sozialen Arbeit bilden den Rahmen, um gesellschaftliche Bedrohungsszenarien zu bearbeiten und Engagierte zu stärken.
- ⇒ Die Bedrohung zivilgesellschaftlicher Demokratiearbeit muss ernst genommen werden. Bedrohte dürfen nicht allein gelassen werden. Solidarität der Bevölkerung und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen, Vertrauen und Rückendeckung der (Kommunal-)Politik, Unterstützung der Verwaltungen und (Sicherheits-) Behörden sind besonders wichtig. Sie bieten Schutz vor Bedrohung und erleichtern den Umgang damit.
- ⇒ Die kritische Zivilgesellschaft darf nicht von Solidarität ausgeschlossen werden. Es braucht Bedingungen, die es Akteuren ermöglichen, ihre pro-demokratischen Positionen und Forderungen zu äußern und zu vertreten. Das gilt auch und gerade für solche Positionen, welche die gesellschaftlichen Zustände und Verantwortliche kritisieren und herausfordern und im Zuge dessen oftmals als „linksextrem“ verdächtig markiert werden. Die Grenze ist bei menschenfeindlichen und demokratiegefährdenden Positionen.

Die Datengrundlage

Durchgeführt wurden eine qualitative und eine quantitative Befragung, begleitet von Resonanzrunden mit ausgewählten Expert:innen aus Wissenschaft und Praxis.

Im qualitativen Teil der Studie haben wir im Zeitraum von Juli bis Dezember 2023 bundesweit 20 Personen aus der beruflichen und aktivistischen Demokratiearbeit zu ihren Wahrnehmungen, Einordnungen und Bearbeitungen von Bedrohungen interviewt. Das Sampling erfolgte sowohl deduktiv, als auch induktiv (Schneeballsystem) unter dem Anspruch einer hohen Varianzmaximierung. Die Interviews wurden mit Hilfe semistrukturierter Leitfäden überwiegend digital geführt, aufgezeichnet, volltranskribiert, anonymisiert und inhaltsanalytisch ausgewertet.

Darauf aufbauend haben wir im April/Mai 2024 eine quantitative Online-Befragung derselben Zielgruppe durchgeführt. Bundesweit haben daran über 500 Personen aus der zivilgesellschaftlichen Demokratiearbeit teilgenommen, davon 137 ehrenamtliche (25 %) und 420 hauptberuflich Aktive (75 %), überwiegend finanziert über Bundes- Landes- und kommunale Mittel. Über zwei Drittel verfügen über langjährige Erfahrung (> 5 Jahren), allerdings sind 58 % in befristeten Arbeitsverhältnissen.

Wie repräsentativ die Stichprobe der quantitativen Befragung ist und damit die Ergebnisse sind, lässt sich nicht sagen, da bislang keine Informationen über die Grundgesamtheit der Personen, die in der zivilgesellschaftlichen Demokratiearbeit engagiert sind, vorliegen. Durch die breite Teilnahme von Engagierten aus unterschiedlichen Strukturen (von Bürgerbündnissen, aktivistischen Gruppierungen bis zu etablierten Trägern) lassen sich aber durchaus Erkenntnisse hinsichtlich der Entwicklungen, Themen und Bedarfe im Feld generieren. Sie liefern wichtige Hinweise für anschließende Diskussionen und die Ableitung von Empfehlungen.

Dimensionen von Bedrohung

Bedrohung liegt in der Ankündigung oder Erwartung, dass etwas Schlimmes passieren wird – das macht sie so schwer zu fassen. Sorgen und Angst können bereits im Vorfeld um sich greifen und Wirkung entfalten. Dem subjektiven Opferbegriff der Kriminologie folgend, steht die Wahrnehmung der Betroffenen, was als bedrohlich erlebt wird, im Vordergrund. Dabei ist längst nicht jede Form von Bedrohung strafrechtlich relevant. Etliche Formen der Bedrohung schaffen eine bedrohliche Atmosphäre, ohne einzelne Personen direkt zu adressieren. Dazu gehören scheinbar lustige Memes mit bedrohlichen Inhalten oder wenn Rechtsextreme vor Einrichtungen der Demokratiewerkstatt demonstrativ ihre Präsenz zeigen. Die äußerste Rechte setzt geschickt auf solche subtilen Methoden, die vordergründig harmlos erscheinen, jedoch gerade deshalb ihre bedrohliche Botschaft senden, weil man sich dagegen besonders schlecht wehren kann. Um die Demokratiewerkstatt zu diskreditieren, werden zudem zentrale Instrumente der demokratischen und juristischen Kontrolle genutzt, etwa kleine parlamentarische Anfragen zur Ausrichtung und Finanzierung von Vereinen oder Anzeigen, die ihre Gemeinnützigkeit in Frage stellen. Die Mitarbeiter:innen wissen dann, dass sie im Fadenkreuz stehen, kommunale Politik und Verwaltung ihnen vielleicht das Vertrauen entziehen und ggf. ihre Arbeit gefährdet ist, in der Kombination der erfahrenen Bedrohungen vielleicht sogar ihr privates Leben.

Basierend auf unseren Analysen und unter Berücksichtigung des bisherigen Forschungsstands konnten wir vier Dimensionen von Bedrohung herausarbeiten (Abb. 1): *Gewaltbezogene Angriffe, politische Interventionen, gesellschaftspolitisches Bedrohungsszenario und Bedrohungserwartung.*



Abb. 1: Vier Dimensionen von Bedrohung

Gewaltbezogene Angriffe und Bedrohungen (Abb. 2 grün) durch die extreme Rechte haben eine lange Tradition, die sich auch in der biografischen Erfahrung der Engagierten niederschlagen und das Handlungsfeld prägen. 79 % der Befragten haben bereits Beleidigungen, Sachbeschädigungen oder körperliche Gewalt sowie strafrechtlich nicht relevante Formen wie Störungen von Veranstaltungen oder aktive Raumnahmen (z. B. offensives Zeigen rechtsextremer Präsenz) ‚von Rechts‘ erlebt, 57 % davon im letzten Jahr. Jeder vierten befragten Person wurde bereits Gewalt angedroht, 8 % haben schon eine Todesdrohung erhalten.

Politische Interventionen (Abb. 2 rot), wie parlamentarische Anfragen, juristische Mittel, publizistische Veröffentlichungen oder politische Markierungen von Praxisakteuren als „links(extrem)“ haben an Intensität und Wirkmacht zugenommen. 68 % der Engagierten waren nach eigenen Angaben schon einmal davon betroffen, 72 % davon im letzten Jahr.

Das **gesellschaftspolitische Bedrohungsszenario** bildet den Kontext, ist aber auch eine unmittelbare Bedrohung der Demokratiearbeit. Hier geht es um die Wahrnehmung eines Erstarkens der extremen Rechten bei gleichzeitigem Mangel an Solidarisierung. Erschwerend wirken die unsicheren Rahmenbedingungen der Demokratiearbeit.

Die **Bedrohungserwartung** bildet für viele Engagierte eine Hintergrundfolie ihres Handelns. So erleben 76 % der Personen die zivilgesellschaftliche Demokratiearbeit als Handlungsfeld durch Rechtsextremismus als mindestens stark bedroht.

Die AfD wird für alle vier Bedrohungsdimensionen als äußerst relevant benannt.

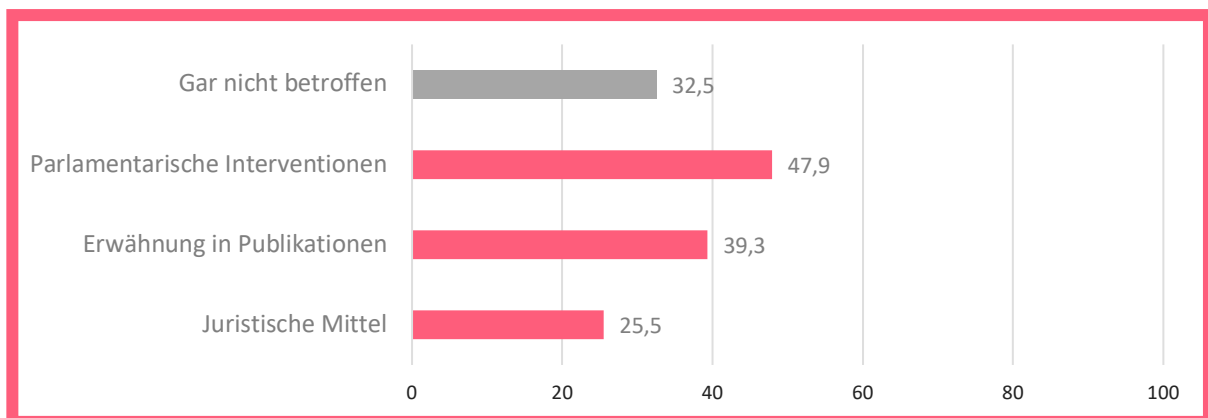
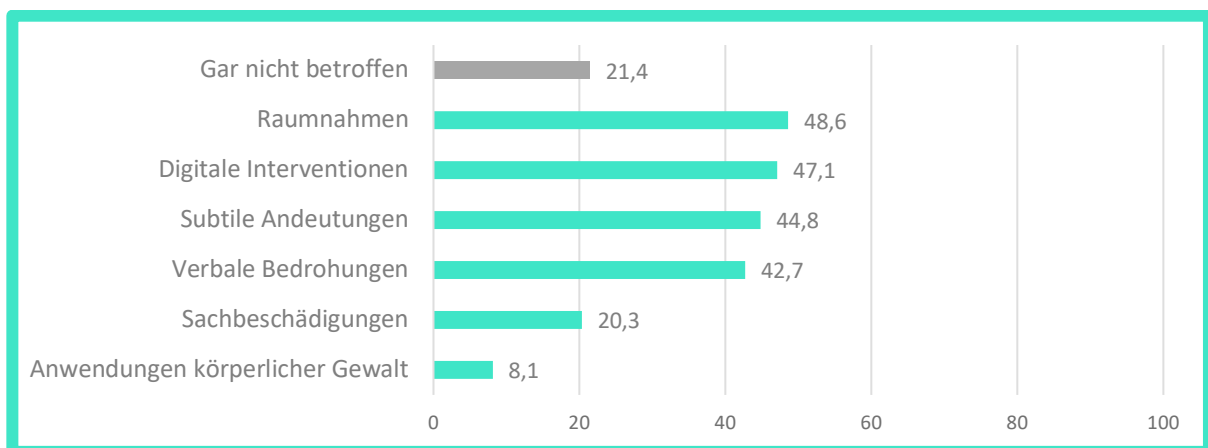


Abb. 2: Erleben gewaltbezogener (grün) und politischer (rot) Bedrohung (in Prozent).

Bedrohungserleben als politische Aufgabe

Der überwiegende Anteil der Befragten sieht das Engagement ‚gegen Rechts‘ als Teil der eigenen Identität. Auch für die Beschäftigten im Berufsfeld der Demokratiearbeit bedeutet die Arbeit weit mehr als den reinen Lohnerwerb. Für 32 % der Befragten sind dabei rechte Bedrohungen – besonders in Ostdeutschland mit 42 % (in Westdeutschland für 26 %) – eine frühe biographische Erfahrung. In Kombination mit den von ihnen festgestellten häufigen gesellschaftlichen (Fehl-)Deutungen (wenn etwa Angriffe durch Rechtsaußen als Konflikt unter rechten und linken Jugendlichen interpretiert werden) und unterlassener Unterstützung haben diese wesentlich dazu beigetragen, dass sie sich engagieren. Eine zentrale Handlungsmotivation stellt der eigene, aber vor allem auch der Schutz Anderer dar. So gaben 92 % der Befragten an, Personen schützen zu wollen, die durch Rechtsextremismus bedroht sind. Engagement kann folglich auch als aktive Bearbeitung von Bedrohungserleben und Gestaltung von Risiken verstanden werden.

Auch Personen, die keine Vorerfahrungen mit Bedrohungen haben, sind sich überwiegend des Risikos bewusst, welches mit der Arbeit gegen Akteure der extremen Rechten und deren gewaltbezogene Ideologien einhergeht. Sie nehmen dieses bewusst in Kauf. Trotzdem ergibt sich, gerade auf Grund der unterschiedlichen Erfahrungsbestände, Bedürfnisse, Wünsche und Erwartungen ein hoher Austauschbedarf dazu in Teams, Trägern, Gruppen, Bündnissen und Netzwerken.

Ungleiche Betroffenheiten

Die Betroffenheit von Bedrohungen variiert in Abhängigkeit von lokalen Machtverhältnissen; entscheidend ist immer auch, was der demokratische Teil von Gesellschaft der extremen Rechten entgegensetzt. Besonders bürgerlich-konservative Akteure können zum Zünglein an der Waage werden und mit ihren Zustimmungen und Ablehnungen die Bedrohungsdynamik beeinflussen. Bedrohungen nehmen außerdem dort zu, wo das Engagement ‚gegen Rechts‘ medial (und digital) präsent ist. Vor allem in Berlin sind verhältnismäßig mehr Personen von digitalen Interventionen betroffen. Dort sitzen viele bundesweit agierende Träger, die eine offensive Medienarbeit betreiben.

Gleich viele Engagierte in Ost- und Westdeutschland (Ort der Tätigkeit) geben an, schon einmal Bedrohung erlebt zu haben. Engagierte in Ostdeutschland sehen sich jedoch besonders häufig körperlicher Gewalt, Sachbeschädigung und Raumnahmen ausgesetzt. Befragte aus Ostdeutschland sehen zudem sowohl ihre persönliche als auch die allgemeine Demokratiearbeit stärker bedroht als Westdeutsche dies tun. Die Folgen der Landtagswahlen 2024 werden von den im Osten Aktiven mit besonderer Sorge erwartet.

Ländliche Räume bergen auf Grund der fehlenden Anonymität und Rückzugsmöglichkeit für Engagierte einerseits besondere Gefährdungen. Andererseits können die gegenseitige Bekanntheit und persönliche Verzahnung beispielweise in Vereinen, Gemeinwesenarbeit oder Nachbarschaften auch Schutz bieten, wie Interviewte hervorheben. In der Online-Befragung deutet sich an, dass sich Engagierte in Kleinstädten vergleichsweise am wenigsten bedroht sehen. Die wenigen Befragten, die überwiegend auf dem Dorf engagiert sind, fühlen

sich hingegen auffällig stark bedroht. Dieser Befund muss aufgrund der geringen Anzahl der dörflich Engagierten in der Stichprobe allerdings zurückhaltend interpretiert werden.

Einrichtungen mit klarer politischer Positionierung sehen sich eher Bedrohungen ausgesetzt. Besonders gefährdet sind die Akteure, die sich deutlich hörbar, kritisch politisch positionieren und/oder von anderen erfolgreich als „links(extrem)“ oder „Störenfriede“ markiert werden. Diese Markierungen können beliebig sein und als politisches Instrument der Delegitimierung genutzt werden. Solche diskursiven Strategien sind in Teilen gesellschaftlich anschlussfähig und ermöglichen extrem rechten Akteuren Kooperationen in die Breite.

Personengruppen, die allgemein weniger gesellschaftlichen Schutz in Anspruch nehmen können, sind auch mit Blick auf Bedrohung durch Akteure von Rechtsaußen besonders vulnerabel und auf spezifische Weise betroffen; hierzu zählen zum Beispiel Menschen, die selbst von Rassismus, Antisemitismus oder (Hetero-)Sexismus betroffen sind, besonders auch engagierte Jugendliche. Vor dem Hintergrund des insgesamt gesunkenen Vertrauens junger Menschen in Demokratie, auf das aktuelle Studien verweisen, bietet der Befund Anlass zur Sorge.

Ambivalente Effekte von Bedrohungserleben

Rechtsextreme Bedrohungen entfalten Wirkung und haben Folgen (Abb. 3). Besonders bei anhaltender Bedrohungslage ist die Belastung oft groß. Die vollzogenen Anpassungsleistungen wie das Vermeiden von potentiell gefährlichen Situationen oder Plätzen stellen einen gravierenden Eingriff in die persönliche Lebensgestaltung dar. Befragte geben als Folgen Sorge vor persönlichen Bedrohungen (42 % vor politischen Bedrohungen und 25 % vor gewaltbezogenen), Stress (38 %), sowie körperliche und emotionale Erkrankungen (10 %) an. Gerade bei Frauen, die eher persönlich und manchmal in sexualisierter Form angegriffen werden, führt die Bedrohung zu negativen emotional-psychischen Belastungen.

Gleichzeitig gibt ein Großteil (71 %) der Befragten an, Bedrohungen hätten sie in ihrem Engagement ermutigt, 42 % gaben sogar an, ihre politische Arbeit deshalb zu intensivieren. Dies gilt für Frauen gleichermaßen wie für Männer. Ebenfalls nimmt die wertschätzende Kommunikation in Teams und Gruppen sowie die Vernetzung mit anderen Zusammenschlüssen als Folge eher zu. Bündnisse, Gruppen und Projektideen (wie zum Beispiel Stellen zur Dokumentation und Sichtbarmachung extrem rechter Gewalt) entstehen gerade aus Bedrohungslagen heraus entstehen. Bedrohungen weisen somit auch ein produktives Moment auf.

Besonders politische Interventionen und gesellschaftspolitische Bedrohungsszenarien bergen jedoch auch die Gefahr, demokratische Akteure von deutlichen politischen Positionierungen abzuhalten, dies vor allem dort, wo die Strategien extrem rechter Akteure in der Breite nicht entschlüsselt und zurückgewiesen werden. Engagierte berichten, dass sie gerade von Behörden, Verwaltungen, Ministerien und Mandatsträger:innen in ihrer Arbeit gebremst und eingeschränkt zu werden. Ziel der Einschränkungen sei es ihrer Einschätzung nach häufig, potentielle Konflikte mit und Interventionen von extrem rechten Akteuren zu vermeiden. Insbesondere Menschen in Ostdeutschland äußern ihre Befürchtungen, mit Zugewinnen der AfD ihre Arbeit einschränken oder gar einstellen zu müssen. Mehr als 14 %

der Engagierten im Osten, 18 % in Berlin und 11 % im Westen denken oft darüber nach, ihre Tätigkeit zu wechseln, 7 % im Osten, 6 % im Westen und 15 % in Berlin überlegen oft, ihre Demokratiearbeit zu beenden.

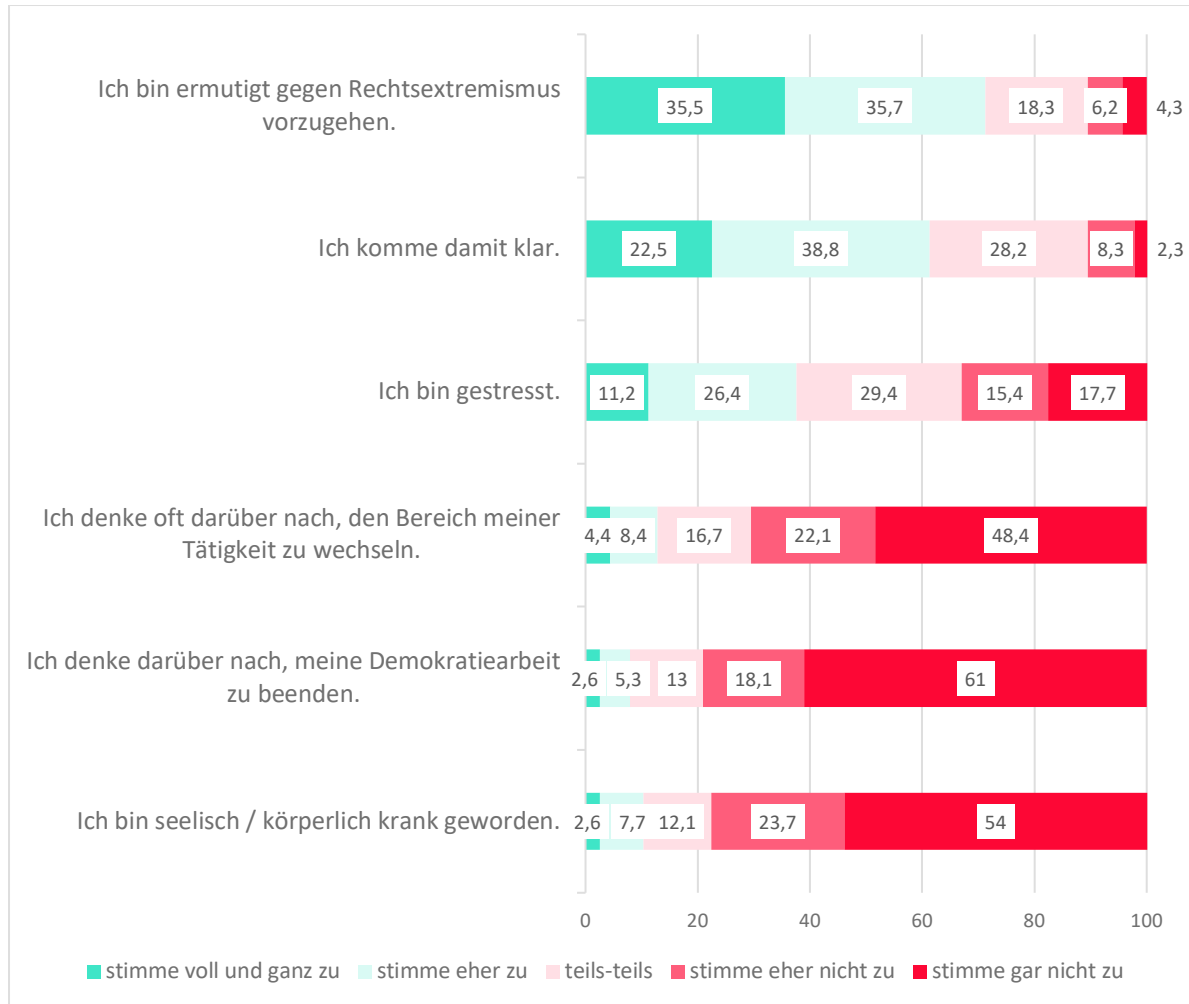


Abb. 3 Folgen von Bedrohung (in Prozent). (Fehlende Werte zu 100 aufgrund von Rundungen.)

Erprobte Bearbeitung von Bedrohungserleben

Aktive stehen den Bedrohungen jedoch nicht hilflos gegenüber. Vielmehr können sie auf erfahrungsbasiertes Wissen und Strategien im Umgang mit gewaltbezogenen Angriffen zurückgreifen. Dieses Wissen scheint hingegen in Bezug auf politische Interventionen weniger abrufbar zu sein. Besonders im Aktivismus – jedoch auch im Berufsfeld – mangelt es oftmals an zeitlichen Ressourcen, um gezielte Strategien im Umgang mit (potentiellen) politischen Interventionen zu entwickeln und sich dazu mit anderen Bündnissen, Initiativen oder Gruppen auszutauschen. Entlastend wirken hier vor allem die sozialen Unterstützungsleistungen durch Mitaktivist:innen, sowie gelebte Solidarität in der Kommune.

Personen und Institutionen ergreifen Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen, um der Bedrohung zu begegnen (Abb. 4a und 4b). Die Handlungen zielen darauf ab Emotionen zu regulieren, Sicherheit empfinden und Arbeitsfähigkeit herzustellen und Rahmen- und

Entstehungskontexten rechter Bedrohungen zu verändern. Nur 60 % der Befragten sprechen mit ihnen vertrauten Personen über das Erlebte. Nur 15 % stellen eine Strafanzeige und selbst unter jenen, die selbst oder deren Familie mit Gewalt bedroht wurden, sind es nur 28 %.

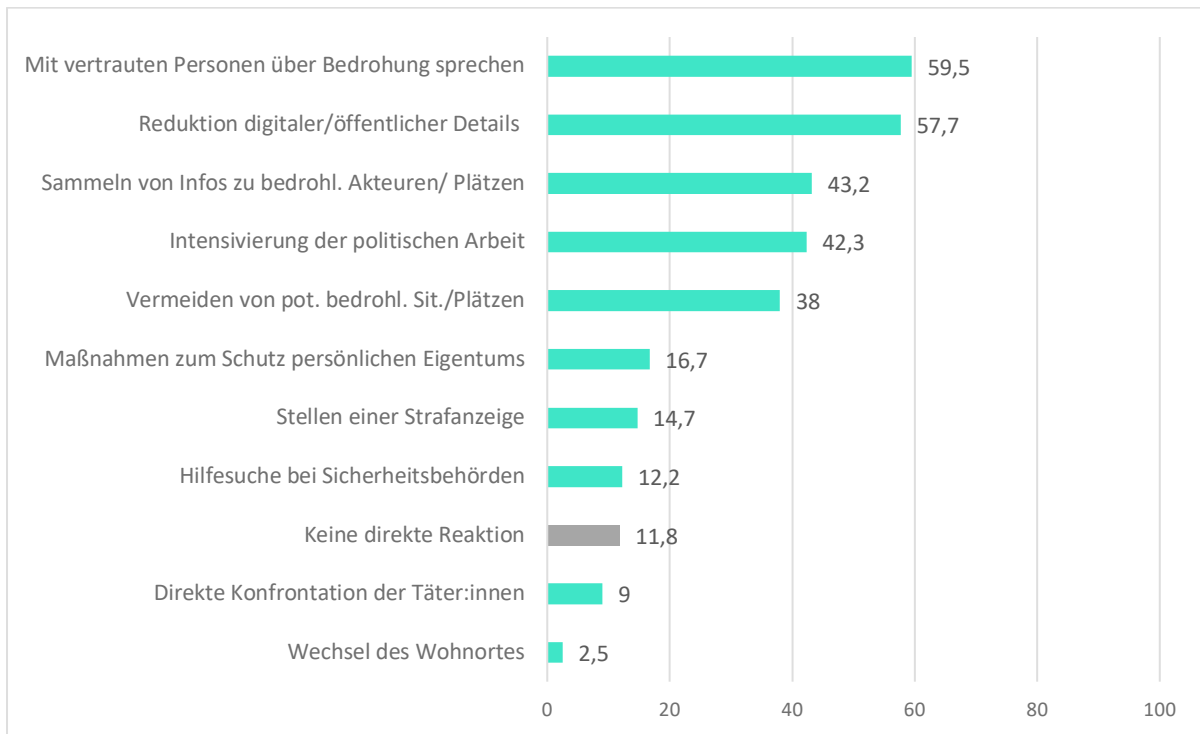


Abb. 4a Persönliche Bearbeitung von Bedrohung (in Prozent).

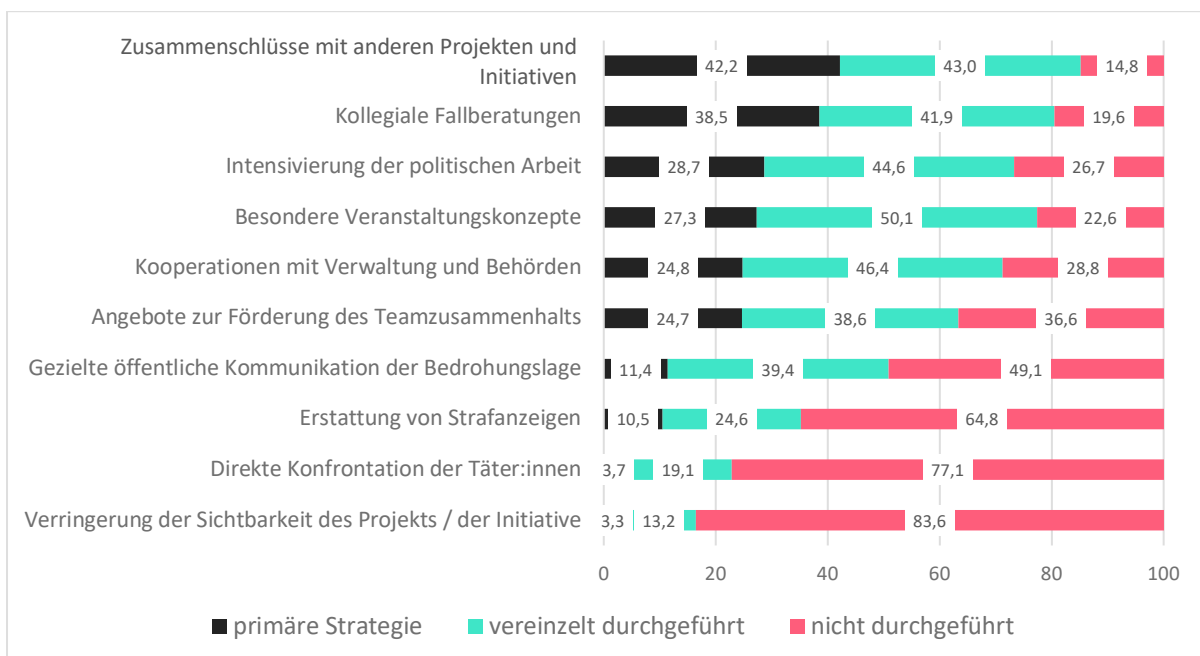


Abb. 4b Institutionelle Bearbeitung von Bedrohung (in Prozent).

Breite Adressierung von Bedarfen

Sicherheitsempfinden stellt sich nicht automatisch durch eine Kamera am Haus ein. Wichtiger sind soziale Unterstützung und verlässliche Rahmenbedingungen von Demokratiearbeit. Hierzu zählt eine sichere Förderung, die sich nicht nur auf die Demokratiearbeit an sich bezieht, sondern auch auf rahmende Regelstrukturen wie die kulturelle und die Soziale Arbeit. Über diese kann Demokratiearbeit lokal verankert und in die Breite getragen werden. Das kann dazu beitragen, dass sich gesellschaftliche Rahmen- und Entstehungskontexte von Bedrohungen langfristig verändern. Darüber hinaus stellen sie als lokales Netzwerk eine mögliche Unterstützungsressource für Bedrohte da.

Im direkten Umfeld und im persönlichen Kontakt mit Mitengagierten, Kolleg:innen, Netzwerkpartner:innen und Arbeitgeber erleben Engagierte überwiegend hilfreichen Beistand. So empfinden 96 % der Befragten die Unterstützung ihrer Kolleg:innen und Netzwerkpartner:innen und 86 % die Unterstützung von Arbeitgeber:innen als gut bis sehr gut. Daraus lässt sich umgekehrt eine besondere Vulnerabilität von Einzelpersonen in zeitlich befristeten Kleinstprojekten ableiten.

Engagierte dürfen nicht allein gelassen werden, das wird in den Interviews sehr deutlich. Solidarische Positionierungen von vielfältigen gesellschaftlichen Akteuren schützen Aktive vor Bedrohungen und erleichtern es, mit Angriffen umzugehen. Als wichtig bewerten 97 % der Befragten die Unterstützung durch die Kommunalpolitik. Zugleich wird die tatsächliche Unterstützung in dem Bereich nur als mittelmäßig eingestuft, lediglich 56 % haben den Eindruck, die Mehrheit in ihrer Kommune stehe hinter ihnen. Die Unterstützung im Umgang mit extrem rechter Bedrohung von Sicherheitsbehörden ist ebenfalls für Betroffene nicht zufriedenstellend, sie erhielt lediglich eine durchschnittliche Bewertung von 3 (teils gut, teils schlecht), die durch den Verfassungsschutz liegt mit 2,6 noch darunter. Hierhin dürfte, neben anderen, ein Grund liegen, warum so wenige der Befragten (12 %) Hilfe bei den Sicherheitsbehörden suchen. Eine Zusammenarbeit gelingt vor allem dort, wo persönliche Ansprechpartner:innen auf Augenhöhe kommunizieren und langfristige Kooperationen mit der Polizei aufgebaut werden können.

Forderungen an Staat und Gesellschaft

Die zivilgesellschaftliche Arbeit für Demokratie ist eine zentrale Größe, um demokratische Werte, Haltungen und Prozesse in der Gesellschaft zu leben, sie weiter zu entwickeln, einzuüben und gerade auch im Lokalen umzusetzen. Mit ihrer Arbeit sind zivilgesellschaftlich Engagierte, egal ob hauptberuflich oder aktivistisch, zugleich (potentiellen) Bedrohungen durch Rechtsaußen ausgesetzt. Umso wichtiger ist der Schutz der zivilgesellschaftlichen Demokratiearbeit. Dies gilt gerade auch für Akteure, die emanzipatorische und kritische Positionen einbringen, die nicht selten als „links(extrem)“ markiert und somit delegitimiert werden. Die Gefahr besteht, dass sich potentielle Täter:innen auch dadurch legitimiert sehen, dass in der Wahrnehmung die Bedrohung durch Rechtsextreme als eine Auseinandersetzung zwischen ‚den Extremen‘ abgetan wird oder gar mitschwingt, Betroffene seien selbst schuld, wenn sie angegriffen werden. Es müssen Bedingungen geschaffen werden, die es den zivilgesellschaftlich für Demokratie Engagierten ermöglichen, ihre Haltungen, Perspektiven und Einschätzungen zu formulieren, ohne um ihre Existenz zu bangen. In unserer Studie wird

deutlich: Die Kommunalpolitik nimmt dabei ebenso wie die Verwaltung als Schnittstelle eine besondere Rolle ein.

Die Sicherheitsbehörden müssen als verlässliche Institutionen in Bezug auf die Strafverfolgung von rechtsextremen Delikten und die Zusicherung von Schutz wahrgenommen werden können. Dazu bedarf es auch einer klaren politischen Haltung und Handlung im Hinblick auf die Einordnung von rechter Gewalt.

Auch über das kommunale und politische Feld ist es wichtig, Engagierten den Rücken zu stärken und sie nicht allein zu lassen. Gefragt ist die breite Bevölkerung ebenso wie die wichtigen gesellschaftlichen Akteure wie Kirchen oder Gewerkschaften bis zu lokalen Unternehmen, Betrieben oder Vereinen. Die solidarische Positionierung schützt Aktive vor Bedrohungen und erleichtern es, mit Angriffen umzugehen. Demokratie braucht das zivilgesellschaftliche Engagement und das Engagement braucht die Rückendeckung von Demokrat:innen.

Zitationsvorschlag:

Leber, Tina/Mertens, Fabian/Küpper, Beate (2024): Bedrohung der zivilgesellschaftlichen Demokratiearbeit. Kurzbericht des Projekts BEWARE: Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen. BMBF Förderlinie „Aktuelle und historische Dynamiken von Rechtsextremismus und Rassismus“.